



Aargau/Baden-Wettingen

So geht es weiter beim Hitachi-Deal

Die nächsten Schritte stehen fest: So will Wettingen die Weichen für eines der grössten Wirtschaftsjahre seiner Geschichte stellen.

Sarah Kunz

Am späten Montagmorgen luden Vertretende von Gemeinde, Region und Kanton zu einer Presseveranstaltung zur möglichen Ansiedlung von Hitachi Energy im Wettinger Tägerhard-Ächer. Wer jetzt hoffte, der Entscheid sei gefallen, wird jedoch enttäuscht: Weiterhin steht nicht fest, ob der Tech-Riese seinen neuen Schweizer Hauptsitz tatsächlich in Wettingen bauen wird. Dennoch wurde Neues verkündet.

Der Tenor: Die Gespräche verlaufen konstruktiv, die nächsten planungsrechtlichen Schritte sind terminiert – zumindest auf Seiten von Gemeinde und Kanton. Wie lange man noch auf den Entscheid von Hitachi warten muss, sei offen. Dennoch wolle man vorwärts machen und die Weichen stellen, wie Regierungsrat Dieter Egli (SP) des Departements Volkswirtschaft und Inneres sagte. «Wir gehen in eine Vorleistung und eben damit das Feld für einen möglichen Aufbau.»

Im Fokus stehen nun die weiteren Meilensteine. Die beiden betroffenen Parzellen nord-



Wettingens Gemeindeammann Markus Haas (v. l.), Regierungsrat Dieter Egli und der ehemalige Wettinger Ammann Roland Kuster stehen geschlossen hinter der Hitachi-Ansiedlung. Bild: Andrea Zahler

östlich und südwestlich der Bahnlinie mit einer Gesamtfläche von rund zehn Hektaren befinden sich im Besitz der Ortsbürgergemeinde. Bereits im April 2025 hatten die Ortsbürgerinnen und Ortsbürger ihre grundsätzliche Zustimmung zur Weiterverfolgung des Projekts erteilt.

Der nächste entscheidende Schritt folgt am 20. Januar: Dann entscheidet die Ortsbürgerversammlung über die Abgabe des Landes im Baurecht. Zur Diskussion stehen Vorverträge für beide Parzellen mit einer Laufzeit von je 50 Jahren und Verlängerungsoptionen von zweimal

25 Jahren. Im besten Fall also ein Engagement über ein Jahrhundert. Die jährlichen Baurechtszinsen würden sich auf insgesamt 350'000 bis 500'000 Franken belaufen, rechnet Roland Kuster (Mitte), alt Gemeindeammann von Wettingen und eine der prägenden Figuren des Projekts, vor. Hinzu kämen jährliche Steuerauscheidungen von mindestens zehn Millionen Franken.

Bevölkerung soll in Prozess einbezogen werden

Doch damit ist es nicht getan: Bereits drei Tage später soll bei einem Ja die Anhörung zur An-

passung des kantonalen Richtplans für einen neuen Industriestandort starten. Das heute landwirtschaftlich genutzte Land soll dereinst in Industrieland eingezont werden.

Am 29. Januar ist dazu ausserdem eine öffentliche Informationsveranstaltung geplant. «Transparenz ist uns in diesem gesamten Prozess wichtig», betonte alt Ammann Kuster. Die Bevölkerung solle daher frühzeitig einbezogen werden, um Vertrauen zu schaffen. Wettingen und der Kanton Aargau setzten alles daran, die Voraussetzungen für einen positiven Standortentscheid zu schaffen –

und diesen entsprechend breit abzustützen.

Kuster und Egli sprachen erneut von einer aussergewöhnlichen Chance, die man packen wolle und müsse. Der Raum Baden-Limmattal habe sich in den vergangenen Jahren zu einem Cluster für Energie-, Automations- und Robotiktechnologien entwickelt. «Hitachi wäre eine ideale Ergänzung, von der das gesamte wirtschaftliche Ökosystem profitieren könnte», sagte Egli. Auch Wettingens neuer Gemeindeammann Markus Haas – der mit der Infoveranstaltung seinen ersten offiziellen Arbeitstag feierte – hob die Tragweite des Projekts hervor: Es handle sich um ein Vorhaben mit Generationenwirkung, das die Gemeinde und die Region wirtschaftlich, steuerlich und infrastrukturell langfristig massiv stärken könne.

Wettingen sucht Gespräche bezüglich Grüngürtel

Unbestritten ist das Projekt allerdings nicht. So kritisierte etwa der Würenloser Gemeindeammann Anton Möckel, dass Wettingen einen Grossteil seines Siedlungstrenngürtels opfern würde, wie er im «Regio-

nalen Sachplan Landschaftsplanung Rüsler-Sulperg» 2012 definiert wurde. Auch die beteiligten Gemeinden Neuenhof und Killwangen stehen dem Vorhaben kritisch gegenüber. Eine grossflächige Industrienutzung passe nur bedingt in diesen Grüngürtel, teilten sie auf Anfrage mit.

Roland Kuster sah darin hingegen kein Hindernis. Der Sachplan sei 14 Jahre alt und sehe Anpassungsmöglichkeiten vor, weshalb Gespräche zwischen allen vier Gemeinden geplant seien. Entscheidend sei das Miteinander. Dies soll auch im Umgang mit der Tägerhard Kies AG und den betroffenen Landwirten gelten. «Der Verlust von Fruchtfolgeflächen ist ein Nachteil», räumte Kuster ein, «für ein Projekt dieser Grössenordnung aber vertretbar.» Vereinbarungen zur Kompensation seien Teil der Beschlussfassung.

Sind alle Hürden überwunden, könnten 2027 die ersten Bauarbeiten auf der nördlichen Parzelle beginnen. Auf der südlichen Parzelle könnte die Tägerhard Kies AG einen grösseren Kiesabbau tätigen, weil die zweite Phase frühestens ab 2035 vorgesehen ist.